

111 C 20520/12

## Verfügung

Rechtsstreit

\_\_\_\_\_ wg. Forderung

1. Termin zur Güteverhandlung und für den Fall des Nichterscheinens einer Partei oder Erfolglosigkeit der Güteverhandlung unmittelbar anschließender Haupttermin wird bestimmt auf

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Zimmer/Etage/Gebäude
_____	_____	_____

### Belehrungen

Schriftliche Erklärungen entbinden Sie nicht von der Pflicht zum Erscheinen im Termin. Wenn Sie nicht erscheinen und auch keinen mit schriftlicher Vollmacht versehenen volljährigen Familienangehörigen oder einen anderen nach § 79 Abs. 2 ZPO zugelassenen Bevollmächtigten zum Termin entsenden, kann dies zum Verlust des Prozesses führen. Gegen die nicht erschienene Partei kann auf Antrag des Gegners ein Versäumnisurteil erlassen oder eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen werden (§§ 330 bis 331a, 251a ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Kosten der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Dies gilt auch dann, wenn schriftliche Einwendungen gegen den geltend gemachten Anspruch erhoben werden. Diese Einwendungen kann das Gericht nur berücksichtigen, wenn sie im Termin vorgetragen werden. Aus dem Versäumnisurteil oder dem Urteil nach Lage der Akten kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO).

Wird in dem vorstehend bezeichneten Verhandlungstermin ein neuer Termin verkündet, so werden Sie zu dem neuen Termin nicht mehr gesondert geladen. Sie müssen dann auch ohne Ladung erscheinen.

**Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.**

2. **Gemäß §§ 273, 278 ZPO wird angeordnet:**

- 2.1. Das persönliche Erscheinen folgender Partei:

Beklagter \_\_\_\_\_

Die Anordnung des persönlichen Erscheinens erfolgt zur Aufklärung des Sachverhalts (§ 141 Abs. 1 ZPO) und für einen Güteversuch (§ 278 Abs. 3 ZPO). Das Gericht wird bei Nichterscheinen einer Partei regelmäßig sofort in die mündliche Verhandlung eintreten (§ 279 Abs. 1 S. 1 ZPO) und bei Nichterscheinen beider Parteien bzw. deren Prozessbevollmächtigten das Ruhen des Verfahrens anordnen (§ 278 Abs. 4 ZPO).

- 2.2. Die beklagte Partei kann zum Schriftsatz der Klagepartei vom 09.11.2012 Stellung nehmen innerhalb von drei Wochen.

2.3.

3. Hinweis gemäß § 139 ZPO:

3.1. Den Beklagten trifft die sekundäre Darlegungslast, dass weder er als Anschlussinhaberin, noch eine andere Person aus seiner Sphäre für die streitgegenständliche Rechtsverletzung verantwortlich war. Darlegungs- und beweisbelastet dafür, dass eine Urheberrechtsverletzung über den Anschluss der Beklagten erfolgte, ist die Klägerin. Insoweit sind entsprechender Sachvortrag und Beweisangebot vorhanden. Soweit die Beklagte die fehlerfreie Ermittlung und Zuordnung der streitgegenständlichen IP-Adressen bestreitet, müsste ein Sachverständigengutachten zur Klärung dieser Frage eingeholt werden. In diesem Zusammenhang gibt das Gericht zu bedenken, dass der Internetanschluss des Beklagten unter 2 verschiedenen IP-Adressen zu 4 unterschiedlichen Zeitpunkten beauskunftet wurde. Nach Ansicht des Gerichts ist es deshalb unwahrscheinlich, dass, eine fehlerhafte Ermittlung der IP-Adressen unterstellt, dennoch - und zwar gleich 4 Mal - der Anschluss der Beklagten beauskunftet wird. Das Gericht weist weiter darauf hin, dass die Einholung eines Sachverständigengutachtens ein - im Verhältnis zur Klageforderung - nicht unerhebliches Kostenrisiko für die am Ende mit den Kosten des Rechtsstreits belastete Partei bedeutet. In vergleichbaren Fällen hat das Gericht den Kostenvorschuss nach Rücksprache mit dem Sachverständigen auf 6.000,00 € festgesetzt. Selbst bei einem nur teilweisen Unterliegen einer Partei (Schadensersatz oder Rechtsanwaltskosten) dürfte die insoweit verbleibende Kostenlast die gesamte Klageforderung regelmäßig übersteigen.

Sollte aber, ggf. nach Einholung eines entsprechenden Sachverständigengutachtens feststehen, dass der Anschluss der Beklagten fehlerfrei ermittelt wurde, trifft den Beklagten nach der Rechtsprechung des BGH (NJW 2010, 2061 bis 2064 - Sommer unseres Lebens) eine tatsächliche Vermutung dahingehend, dass er als Inhaber des fraglichen Anschlusses auch für über seinen Anschluss begangene Rechtsverletzungen verantwortlich ist. Aus dieser Vermutung ergibt sich für ihn eine sekundäre Darlegungslast, die es ihm verwehrt, sich auf ein an sich zulässiges einfaches Bestreiten der Rechtsverletzung zurückzuziehen. Vielmehr muss der Beklagte als Anschlussinhaber substantiiert zu allen fraglichen Tatzeitpunkten vortragen, warum die ernsthafte Möglichkeit eines abweichenden Geschehensablaufs in Betracht kommt und er als Verantwortlicher nicht in Betracht kommt.

Diesen Anforderungen genügt das Vorbringen des Beklagten bislang nicht. Dem Beklagten ist es im Falle des Eingreifens der tatsächlichen Vermutung insbesondere verwehrt, Vorgänge aus seiner Sphäre mit Nichtwissen zu bestreiten. Zudem weist das Gericht den Beklagten auf seinen widersprüchlichen Sachvortrag hin, wonach er als Anschlussinhaber weder einen Computer besitze, noch Zugang zu einem internetfähigen Computer habe, aber trotzdem seinen Sohn belehrt habe, keine illegalen Inhalte herunterzuladen, und dies bei einer Einrichtung eines Internetanschlusses.

3.2. Das Gericht rät den Parteien zu einer zeitnahen und endgültigen Beendigung des Rechtsstreits durch Abschluss des nachstehenden Vergleichs. Eine Fortsetzung des Rechtsstreits stünde - vor allem für die Beklagte - in keinem vernünftigen Verhältnis zum einem etwa möglichen, zusätzlichen Erfolg.

**Vergleichsvorschlag:**

1. Die Beklagte zahlt an die Klägerin einen Betrag in Höhe von 700,00 €. Damit sind sämtliche streitgegenständlichen Forderungen abgegolten.
2. Die Kosten des Rechtsstreits trägt der Beklagte.

**Die Parteien können zu dem Vergleichsvorschlag innerhalb von zwei Wochen Stellung nehmen.**

gez.

  
Richter am Amtsgericht



Für die Richtigkeit der Abschrift (Ablichtung)

München, 20.11.2012

  
Dokumentsbeamter der Geschäftsstelle